Nr. 271 XXVI. Jahrgang

Freitag, 4. Oktober 1918

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile zahlt für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Villen- oder Kunstplätze 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 30 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.22, vierteljährl. Kr. 6.66
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.40, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz. Nummer 10 Pf.

# Prinz Max von Baden zum Reichskanzler ernannt

## Wieder 32000 Tonnen versenkt, darunter ein amerikanischer Truppentransportdampfer — Zar Ferdinand im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Malinow — Lärmszenen im österreichischen Reichsrat

### Der neue Reichskanzler

r. Berlin, 3. Oktober. (Priv.-Tel.)

**Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ist die Einigung aller Faktoren für die Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden zustande gekommen. Die Ernennung des Prinzen Max zum Reichskanzler wird voraussichtlich heute, Donnerstag, mittag bekanntgegeben werden. Das Regierungsprogramm des neuen Reichskanzlers wurde, als übereinstimmend mit dem der Mehrheitsparteien, im gestrigen Kronrat angenommen.**

Wir haben keinen Anlaß, an dieser Meldung zu zweifeln, vielmehr können wir unsrer Genugtuung und Freude darüber Ausdruck geben, daß die in unserm gestrigen Leitartikel zur Krise ausgesprochene Hoffnung in Erfüllung geht. Wir haben nun auf dem höchsten, wichtigsten Posten des Reiches einen Mann, eine Persönlichkeit. Von einer Weltanschauung, die unzweideutig gekennzeichnet ist durch die unsern Lesern im Wortlaut bekannten Reden des Prinzen, insbesondere die letzte. Das war, wie jeder nicht in irgendwelche Annexionen Verrannte, jeder nicht völlig Reaktionäre zugeben muß, die einzige große, staatsmännische Rede, die auf politischem Gebiet eine führermäßig der militärischen Leitung ebenbürtige Tat seit langer Zeit bedeutete. Zum erstenmal seit den Augusttagen von 1914 sprach sich darin überhaupt Weltanschauung aus. Und es war nicht eine lahme Replik auf eine der Generalanklägerund Advokatenreden aus London oder Paris. Unseirn von Parteieinsinn sprach ein Staatsmann, der die Beendigung der Selbstzerfleischung Europas als das nächste, größte Kriegsziel ansah mitten in dem unglückseligen Marktlärm, in dem Feilschen um erreichbare und unerreichbare Einzelgewinne. So war das Auftreten des badischen Thronfolgers in der Ersten Kammer des Großherzogtums Baden, des Bundesstaates, der wegen seiner fortschrittlichen Verfassung und der regen Beteiligung aller am politischen Leben mit Recht und nicht ohne Stolz „ein Musterstaat" von seiner Bevölkerung geheißen wird, begleitet vom Geiste der Versöhnlichkeit. Auch jenseits der Reichsgrenzen haben sie damals aufgehorcht. Es war ein neuer Ton. Neu zumal im Munde eines Thronfolgers in einem deutschen Bundesstaate. Und das war kein Prinz, der sich gängeln ließ, von Erziehern zu irgendeiner ein für allemal als tüchtig geltenden Gesinnung erzogen war, keiner, der dem lebendigen Leben irgendwie fernstand. Mit dem unbeirrten Blick für die Dinge und die Menschen verbindet Prinz Max, dessen gerade Ehrlichkeit überaus gewinnend wirkt, ein hervorragendes diplomatisches Talent. Wenn sich offenbar von alledem auch die sozialdemokratischen Führer überzeugt haben, sich nicht „an dem Prinzen stoßen", so muß das weiterhin als ein gutes Omen gelten. Die Opposition geht an die positive Arbeit. Auch das hätte so leicht kein andrer vermocht. Zugleich aber steht der neue Reichskanzler zweifellos über den Parteien. Wir haben in unserm gestrigen Artikel schon gesagt, wie unumgänglich notwendig das sei. Jeder muß das einsehen.

Den Gegnern ist Prinz Max durch seine Tätigkeit für die Kriegsgefangenenfürsorge in einer Weise bekannt geworden, die ihnen Achtung vor seiner Persönlichkeit abgenötigt hat. Daß er in schwierigen Verhandlungen eine glückliche, geschickte Hand besitzt, hat sich bei der Schlichtung des alten Zwistes zwischen den Häusern Hohenzollern und Cumberland erwiesen. Seine besondere Wesenheit und Stellung wird auch den Verkehr zwischen der Krone und der neuen volkstümlichen Regierung wesentlich erleichtern und Reibungen verhindern. So kann es nach allem nicht, wie man auf der Seite der wenigen betrübten Lohgerber es gern darstellen möchte, als ein „Armutszeugnis für die neue Demokratie" gelten, daß sie ihren ersten Geschäftsträger aus dem Kreise der deutschen Bundesfürsten wählen mußte. Als Friedrich Naumann vor Jahren sein Buch „Demokratie und Kaisertum" veröffentlichte, als er im einzelnen die Forderungen des Volkskaisertums, die ehrlichste Durchführung der konstitutionellen deutschen Staatsidee als die Zukunft Deutschlands hinzeichnete, haben ihn alle Privilegierten als Schwärmer belächelt. Es wäre uns besser gegangen, wenn man von den politischen Machtinhabern nicht mit Schiller hätte sagen müssen:

Ach, was haben die Herr'n
Doch für ein kurzes Gedärm . . .

Es wäre uns vielleicht dieser furchtbare Krieg erspart geblieben, den nun zur Verteidigung unsres Daseins, zur Erhaltung des Reiches einig und geschlossen durchzuführen unser aller gemeinsames Ziel sein muß. Mit einem großen persönlichen Opfer beginnt der neue politische Führer des deutschen Volkes seine Tätigkeit. Denn es erscheint fraglich, ob er nicht seine Anwartschaft auf einen Thron aufgibt, indem er sich mit allem, was er ist und besitzt, einsetzt für das Ziel: Deutschland muß leben.

An dem Kronrat, in dem der neue Reichskanzler gewählt wurde, hat auch Hindenburg teilgenommen. Auch er hat seine aus ruhigster Besonnenheit kommende Stimme für den Prinzen Max abgegeben, der ihm als vollwertige Persönlichkeit gegenübersteht. Wir sehen auch hierin ein gutes Zeichen. Im Volke, in Neutralien, in Feindesland wird man es verstehen, daß „Demokratie und Kaisertum" in Deutschland wenigstens kein Widerspruch an sich ist. Prinz Max hat eine Koalitionsregierung abgelehnt. Er glaubt, nur durch Zusammenfassung aller freiheitlichen Kräfte des Volkes das Reich aus schwerer Gefahr herausführen zu können. Der Prinz, das Volk und, nach seiner Botschaft, der Kaiser sind nun einer Ueberzeugung, eines Willens. Das Vertrauen hält seinen Einzug. Und die neue Einigkeit werden alle Feinde des deutschen Volkes zu spüren bekommen, die mit dem Gegenteil gerechnet haben.

•

### Sitzung des Sächsischen Gesamtministeriums unter Vorsitz des Königs

Dresden, 3. Oktober

Unter dem Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen Georg fand am Mittwoch eine Sitzung des Gesamtministeriums statt. Daß es sich hier gleichfalls um eine Beratung der wichtigen Reichsangelegenheiten gehandelt hat, steht außer Frage. Staatsminister Graf Vitzthum reist, wie wir erfahren, heute mit dem Mittagszug nach Berlin.

•

### Der Abschluß der grundsätzlichen Verhandlungen

#### Die Stellung der Nationalliberalen

* Berlin, 3. Oktober

Die Besprechungen, die der Prinz gestern mit den Führern der Mehrheitsfraktionen hatte, ergaben eine sachliche Uebereinstimmung. Das Mehrheitsprogramm lag dem Prinzen bereits seit vorgestern schriftlich vor. Die Zustimmung der fortschrittlichen Volkspartei für die Kanzlerschaft des Prinzen Max ist ebenfalls bereits vorgestern abend in einer Fraktionssitzung ausgesprochen worden. Mittwoch vormittag unterhandelte Prinz Max mit den Abgeordneten Ebert und Groeber. Zentrum und Sozialdemokraten traten am Vormittag zu Fraktionssitzungen zusammen. Am Abend traten die Fraktionen nochmals gemeinsam mit dem Parteiausschuß und den Vertretern der Parteipresse zur endgültigen Beschlußfassung zusammen. Die Fraktionen erteilten ihre Zustimmung zu der Berufung des Prinzen Max in rechtmäßiger Abstimmung, und zwar mit allen gegen 17 Stimmen. Am Nachmittag empfing Prinz Max den fortschrittlichen Abgeordneten Fischbeck, ferner den konservativen Abgeordneten Graf Westarp und den Führer der Nationalliberalen, Dr. Stresemann. Verhandlungen über den Eintritt in eine Koalition wurden aber mit den beiden letztgenannten Parteiführern nicht mehr gepflogen. Vielmehr hat Prinz Max von Baden auch ihnen erklärt, daß er entschlossen sei, eine Mehrheitsregierung zu bilden. Weder die Konservativen noch auch die Nationalliberalen sind so in die Lage versetzt worden, über eine programmatische Annäherung an die Mehrheit zu verhandeln, die ihre Beteiligung an der Kabinettsbildung hätte ermöglichen können. Bezeichnend der Nationalliberalen sei das, wie die „Vossische Ztg." heute meint, „um so erstaunlicher, als diese in den letzten Tagen offensichtliche Bemühungen unternommen, sich dem Mehrheitsstandpunkt anzunähern". Die Mehrheitsparteien seien aber nach wie vor der schon von der liberalen Korrespondenz ausgesprochenen Meinung, daß die Nationalliberalen durch ihre bisherigen Minister in der Regierung des Reiches und Preußens vertreten bleiben sollen. Ob die nationalliberale Partei diese Form der Beteiligung an die Regierung annehmen wird, steht noch dahin.

•

### Die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

kg. Berlin, 3. Oktober

Sämtliche Parteien haben für heute früh neue Fraktionssitzungen einberufen. Als erste tagt die Zentrumsfraktion um 9 Uhr früh. Die Verhandlungen über die taktische Anwendung der parlamentarischen Regierungsform im Reichstage sind noch in der Schwebe. Wie der „Korrespondenz-Gesellschaft" gemeldet wird, ist in den Fraktionssitzungen der Unabhängigen Sozialisten die Stellungnahme der Fraktion gegenüber einer parlamentarischen Reichsregierung des Prinzen Max von Baden dahin erörtert worden, daß bei strenger Innehaltung des parlamentarischen Charakters des neuen Kabinetts eine prinzipielle Gegnerschaft der Unabhängigen Fraktion im Reichstage nicht zu gewärtigen sei.

•

### Die Einberufung des Reichstags

(Privattelegramm)

+ Berlin, 3. Oktober

Der Aeltestenrat des Reichstags hat zwar die erste Plenarsitzung auf Dienstag oder Mittwoch nächster Woche angesetzt, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im Zusammenhang mit den gestern im Kronrat erfolgten Entschließungen der Reichstag noch früher, vielleicht schon am Sonnabend, einberufen wird.

•

### Einzelheiten über die Reichsämter und ihre Besetzung

teilt heute der „Vorwärts" mit. Daraus ergibt sich ein Umriß der neuen Regierung, soweit er schon erkennbar ist: Reichskanzler: Prinz Max von Baden, Vizekanzler: v. Payer, Staatssekretäre ohne Portefeuilles: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Sozialdemokrat. Zur Besetzung des Staatssekretariats des Aeußern schreibt der „Vorwärts": Staatssekretär einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ganzer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen, zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Partei noch unbestimmt. Dann kommt das Reichsarbeitsamt (neu): ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden.) Ferner zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann. Weiter das Reichsamt des Innern, Staatssekretär: ein Zentrumsabgeordneter, Reichspresseamt (neu), Staatssekretär: Erzberger. Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat. Reichswirtschaftsamt, Staatssekretär, wie bisher: v. Stein. Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Sozialdemokrat; Reichsschatzamt, Staatssekretär: Graf Roedern (wie bisher); ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Zentrumsabgeordneter.

•

### Auszeichnung Hertlings

Der Kaiser hat dem Reichskanzler Grafen Hertling den Hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen.

### Andauernde Kämpfe in Flandern und in der Champagne

× Großes Hauptquartier, 3. Oktober. (Amtlich.)

**Heeresgruppe Herzog Albrecht**
**Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn**

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roeselare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Teilangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern—Menen, Armentières und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflos geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tages teilweise nach starker Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaix—La Bassée—Oullnch gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Teilangriffe des Gegners aus der Scheldeniederung bei und südöstlich von Rumillo wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsre neuen Linien nördlich und südlich von St.-Quentin scheiterten.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz**

Südwestlich von Anizy-Le Château und nördlich von Filain schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab. Schleswig-holsteinische Regimenter verteidigten ihre Stellungen auf dem Rücken des Chemin des Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorfeldkämpfe vor unsern neuen Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in der Linie Chaudarde—Cormicy und dicht vor dem Aisne-Kanal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suippes, gegen St.-Marie-à-Py sowie zwischen Somme-Py und Mont-Cornillet fort. Oertliche Einbruchsstellen südlich von Orfeuil wurden in Gegenstößen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unsern Linien gescheitert. Auch beiderseits der Aisne und in den Argonnen blieben Teilangriffe des Feindes ohne Erfolg.

**Der Erste Generalquartiermeister**
Ludendorff

Jeder Taler ist ein Rekrut.
Die Reichsbank lehrt ihn gegen den Feind marschieren.
Darum zeichnet!

### Abgekartetes Spiel in Bulgarien

Malinow arbeitet auf den raschen Abschluß eines Sonderfriedens hin. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er diesen schon heute oder morgen so weit sichert, daß die Sobranje, die am Freitag wieder zusammentritt, nur noch die fertige Tatsache erfährt. Man gewinnt den Eindruck, daß hinter den Verhandlungen abgekartetes Spiel steckt:

kl. Wien, 3. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Durch die heute über Bulgarien vorliegenden Nachrichten wird der Abfall Bulgariens vom Vierbunde als ein längst vorbereitetes Ränkespiel klargestellt. Malinow hat sich mit Recht darauf berufen, daß er im Einvernehmen mit allen zuständigen bulgarischen Faktoren den Sonderschritt unternommen habe. Auch König Ferdinand hatte offenbar nichts dagegen.

+ Genf, 3. Oktober. (Priv.-Tel.) Der Lyoner „Nouvelliste" meldet: Die Pariser Zensur verbot den Abdruck der Bedingungen, welche die bulgarischen Delegierten für den Waffenstillstand annehmen mußten. Die von General Franchet formulierten Klauseln seien nur provisorisch, während die Kabinette des Vierverbandes über die endgültigen Bedingungen noch beraten.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind jedenfalls für Bulgarien sehr demütigend, vielleicht sogar in solchem Grade, daß man sie nicht einmal den feindlichen Völkern mitteilt. Es ist aber auch möglich, daß aus ihnen zu klar der Verrat Bulgariens hervorginge, und so unterschlägt man sie lieber.

•

### Malinow in der Sobranje

Nunmehr liegt der Bericht über die Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten Malinow vor, mit der er die Sobranje eröffnete und von dem Waffenstillstand mit der Entente verständigte. Sie ist kurz, gegen die bisherigen Bundesgenossen Bulgariens unaufrichtig und vermeidet vorsichtig nähere Mitteilungen. Ein Widerspruch scheint ihr, wenn der Bericht aus Sofia ihn nicht etwa unterschlägt, nicht gefolgt zu sein; allerdings wurde die Sobranje sofort vertagt, so daß sich keine Debatte anschließen konnte.

#### Malinows Rede,

die er im Namen des Königs hielt, lautet:

„Meine Herren! Die allgemeine Lage des Landes und die besondere Sorge, deren es bedarf, um die zahlreichen Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, die heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hat, haben im Mai d. J. die Bildung der gegenwärtigen Regierung notwendig gemacht. Meine Herren Deputierten! Meine von der öffentlichen Meinung designierte und von meinem Vertrauen getragene Regierung hat während des kurzen Zeitraumes, währenddessen sie die Geschäfte des Landes führte, alles getan, was die Umstände ihr gestatteten, um die zahlreichen und schwierigen Probleme zu lösen, welche die durch eine Reihe von Kriegsjahren geschaffene Lage ihr gestellt hat.

Meine Herren Deputierten! Von der größten Loyalität gegen unsre Verbündeten erfüllt, hatten ich und meine Regierung nichts andres im Auge, als unsre Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und ihm sowie unsern tapferen Truppen die Möglichkeit zu geben, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen entsprechend den schmerzlichen Opfern, die das Volk zur Erringung seiner Einheit auf sich genommen hat. In diesem Sinne wurde getan, was möglich war. Schließlich hat meine Regierung nach reiflicher Erwägung der Lage beschlossen, unsern zahlreichen Gegnern den Vorschlag zu machen, in Verhandlungen wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes und eventuellen Friedens einzutreten.

Meine Herren Deputierten! Die Regierung, welche die geschaffene Lage und die Fülle der Fragen vor Augen hat, welche diese aufgeworfen und noch aufwerfen kann, hat beschlossen, die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ausschließt, daß die Nationalversammlung in ihrer außerordentlichen Tagung sich mit andern Angelegenheiten wird beschäftigen können, die durch die Notwendigkeiten der gewöhnlichen regelmäßigen Verwaltung sich aufdrängen würden.

Meine Herren! In der Ueberzeugung, daß Sie in Ihren Arbeiten und Entschließungen jene Geschicklichkeit, Weisheit und patriotische Gesinnung an den Tag legen werden, die der gegenwärtige Augenblick erfordert, flehe ich den Segen des Allmächtigen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die vierte außerordentliche Session der 17. ordentlichen Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe Bulgarien!" (Langanhaltender Beifall.)

Auf die Verlesung der Thronrede folgte die übliche gottesdienstliche Handlung, worauf der Ministerpräsident Malinow vorschlug, daß die Sobranje sich bis Freitag vertagen möge, damit er dem Volke und den Vertretern der Nation eine erschöpfende Darstellung über die allgemeine Lage und namentlich über die behufs Abschlusses eines Waffenstillstandes und Friedens eingeleiteten Verhandlungen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181004/1